



# PRESSEMITTEILUNG

Initiative Kulturschaffender in Deutschland - Berlin, 27. Mai 2020

## Ernüchterndes Resümee zum Auslaufen der Corona-Soforthilfen: Politik hat Versprechen bisher nicht erfüllt

„Initiative Kulturschaffender in Deutschland“ fordert Runden Tisch zur Neuauflage eines überarbeiteten Soforthilfeprogramms für Freiberufler\*innen und Soloselbständige in der Kultur-, Kreativ- und Unterhaltungsbranche

Nach zwei Monaten endet zum 31. Mai 2020 das durch die Länder umgesetzte Corona-Soforthilfeprogramm des Bundes für Soloselbständige, Angehörige der Freien Berufe und kleine Unternehmen bis zu 10 Beschäftigten. Die „Initiative Kulturschaffender in Deutschland“, ein Bündnis freischaffender und selbständiger Akteur\*Innen der Kultur- und Kreativwirtschaft mit mittlerweile mehr als 10.000 Unterstützer\*innen, zieht kurz vor Ende der Antragsfrist ein ernüchterndes Resümee und fordert eine deutlich überarbeitete Neuauflage des Programms. „Um die bisherigen Fehler und Probleme zu vermeiden, wäre es begrüßenswert, wenn die Eckpunkte eines solchen neuen Programms an einem Runden Tisch mit Vertreter\*innen von Interessenverbänden aus Kunst und Kultur sowie Kultur- und Wirtschaftspolitiker\*innen festlegt werden“, sagt Oliver Golumbiewski, Sprecher der „Initiative Kulturschaffender in Deutschland“.

Die „Initiative Kulturschaffender in Deutschland“, aber auch unzählige lokale und bundesweite Verbände, diverse Interessensgemeinschaften und Initiativen sowie einzelne namhafte Vertreter\*innen der Kreativwirtschaft und der Ökonomen-Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums hatten in den vergangenen Wochen detailliert aufgezeigt, dass die bisherigen Hilfsprogramme des Bundes und der Länder für Freiberufler\*innen, Soloselbständige und Unternehmer\*innen in der Kultur- und Unterhaltungsbranche kaum oder gar nicht sinnvoll greifen. Dabei liegt es nicht am fehlenden Geld – lediglich 25% der bereitgestellten Bundesmittel wurden bisher ausgezahlt. Vielmehr schließen die Rahmenbedingungen in der Realität den Großteil der Kunst- und Kulturschaffenden aus.

Als Reaktion auf diese Kritik hatte insbesondere Kulturstaatsministerin Monika Grütters auf das sogenannte Sozialschutz-Paket verwiesen, welches eine vereinfachte Art der Grundsicherung speziell für Solo-Selbstständige & Angehörige der freien Berufe enthalten soll. In einem umfangreichen Papier hat die Initiative Kulturschaffender in Deutschland nun diese vermeintlich vereinfachte, bundeseinheitliche Grundsicherung unter die Lupe genommen.

Das Ergebnis fällt enttäuschend aus. Zielsetzungen und Versprechen der Politik entsprechen in großen Teilen nicht der praktischen Umsetzung. Dies wird u. a. an folgenden Punkten deutlich:

- 1) Das vereinfachte Antragsverfahren wird keinesfalls bundeseinheitlich umgesetzt. Etwa 25 % der Jobcenter werden nicht zentral von der Bundesagentur für Arbeit organisiert, sondern von kommunalen Trägern verwaltet. Die Recherchen belegen, dass diese das vereinfachte Antragsverfahren größtenteils nicht verwenden. Somit entscheiden der Wohnort der Antragstellenden sowie die Verfahrensweisen des Jobcenters über die Kriterien der Corona-Hilfe in Form von Grundsicherung. Selbst wenn das vereinfachte Verfahren Anwendung findet, umfassen die notwendigen Antragsunterlagen bei Soloselbstständigen je nach Lebensumständen selten weniger als 30, in einigen Fällen sogar bis zu 100 Seiten.
- 2) Es wird versprochen, dass ein Antrag auf Grundsicherung nicht einer Meldung als arbeitssuchend gleichkomme. Leider zeigt die Praxis, dass bereits im Mai mit der Arbeitsvermittlung der Antragstellenden in mehreren Fällen begonnen wurde und bei Verweigerung die üblichen Sanktionierungen angedroht werden. Dabei handelt es sich bei den Antragstellenden jedoch gar nicht um Arbeitssuchende – sondern um Selbstständige, die eine Arbeit haben, der sie jedoch aktuell nicht nachgehen dürfen.
- 3) Die angeblich ausgesetzte Vermögensprüfung findet in der Mehrzahl der Fälle trotzdem statt. Die Offenlegung aller persönlichen Daten ist auf Anforderung der Ämter verpflichtend, Unterlagen jeglicher Form bis hin zu Kontoauszugsdaten und Fotografien aller EC-Karten werden angefordert. Ein PKW im Besitz der Antragstellenden mit einem Zeitwert über 7.500,00 Euro wird ebenso als Vermögen betrachtet wie hochwertige Musikinstrumente. Diese müssen ggf. verkauft werden, bevor ein Anspruch auf Grundsicherung besteht. Auch die Altersvorsorge oder Wohneigentum werden in vielen Fällen dem Vermögen angerechnet oder sind Auslöser für eine Vermögensprüfung.

Damit schneidet Deutschland, immerhin das wirtschaftsstärkste Mitgliedsland der EU, auch im gesamteuropäischen Vergleich alles andere als gut ab. So erhalten in den Niederlanden Soloselbstständige eine pauschale Summe von 1.050,00 Euro monatlich ohne Vermögens- und Einkommensprüfung. In Norwegen bekommen selbstständige Unternehmer\*innen und Freiberufler\*innen 80 % ihres Durchschnittsgehalt der letzten drei Jahre ausgezahlt.

Nicht einmal einen Antrag stellen müssen Betroffene in Großbritannien, sie erhalten automatisch vom Finanzamt eine Zahlungszusage in Höhe von 80 % des Vorjahresverdienstes bzw. max. 2.500 Pfund / Monat. Ähnliche Regelungen gibt es auch in Belgien, Frankreich, der Schweiz und anderen Ländern. Insgesamt zeigt sich deutlich, dass sich selbst wirtschaftlich schwächere Länder um ein angemessenes Äquivalent zum Kurzarbeitergeld oder andere Formen einer Verdienstauffällenschädigung für Soloselbständige, Freischaffende und Kleinstunternehmer bemühen. In Deutschland dagegen schieben sich Bund und Länder gegenseitig dafür die Verantwortung zu, ohne zweieinhalb Monate nach Beginn der coronabedingten Einschränkungen eine Lösung gefunden zu haben.

Auch wenn es ab Ende Mai erste, vorsichtige Lockerungen des Veranstaltungsverbotes gibt, wird sich dadurch die existenzbedrohende Situation der Kulturschaffenden nicht entspannen, sondern sogar weiter verschärfen. Kleine Veranstaltungen für 50 oder 100 Besucher können kaum mit den weiterhin untersagten Festivals, Events, Großkonzerten, Messen oder dem gewohnten Theaterbetrieb vergleichbare Einnahmen generieren. Bis zur Rückkehr in eine wirtschaftliche Normalität werden noch viele Monate vergehen. Etwa drei Viertel der Freischaffenden und Selbständigen werden eine solch lange Zeit wirtschaftlich nicht überstehen können. Privatinsolvenzen und der nur schwer umkehrbare Weg in Hartz IV sowie der Verlust einer breiten Vielfalt der Kultur- und Kreativlandschaft für unsere Gesellschaft werden die Folgen sein. Die weitreichenden wirtschaftlichen Folgen der gesamten Branche werden sich mindestens über zwei bis fünf Jahre erstrecken.

Oliver Golumbiewski, Sprecher der „Initiative Kulturschaffender in Deutschland“ bekräftigt daher noch einmal die Hauptforderung der Initiative: „Wir fordern ein durch Landes- und Bundesmittel abgedecktes bundeseinheitliches Soforthilfeprogramm, in welches ein monatlicher Bedarf zur Lebenshaltung in Höhe von 1.180,00 Euro integrierbar ist.“

Das vollständige Positionspapier, die Betrachtungen zur Grundsicherung und die Liste der Mitzeichnenden finden Sie hier <https://www.initiative-kulturschaffender.de>

<https://www.initiative-kulturschaffender.de>

Ansprechpartner\*innen:

Bundessprecher der Initiative Kulturschaffender in Deutschland:

Jana Riediger	+49 177 4230958
Oliver Golumbiewski	+49 30 55243735

Kontakt für Presse- und Medienanfragen:

Jeany Leinweber	+49 1512 3525235
Mirko Stage	+49 179 6967680

Initiative Kulturschaffender in Deutschland, Sonnenallee 130, 12059 Berlin

[kontakt@initiative-kulturschaffender.de](mailto:kontakt@initiative-kulturschaffender.de)

## Über die „Initiative Kulturschaffender in Deutschland“

Die „Initiative Kulturschaffender in Deutschland“ ist ein ehrenamtlich arbeitendes, offenes Bündnis von freischaffenden Künstler\*innen sowie selbständigen Akteur\*Innen der Kultur- und Kreativwirtschaft, die sich unter den einschneidenden Auswirkungen der Corona-Pandemie am 7. April 2020 zu einem bundesweit agierenden Informations- und Solidaritätsnetzwerk zusammengeschlossen haben. Vorausgegangen waren bereits im März 2020 lokale und regionale Bündnisse.

Unser Ziel ist es, auf die besonderen sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich gerade für Freiberufler\*innen, Soloselbständige und Unternehmer\*innen in der Kultur- und Unterhaltungsbranche durch diese Krise ergeben, hinzuweisen, da die bisher gestarteten Hilfsprogramme des Bundes und der Länder für diesen Bereich kaum oder nicht sinnvoll greifen.

Viele Freischaffende und Selbständige stehen unverschuldet vor einem existenzbedrohenden wirtschaftlichen Abgrund, wenn nicht umgehend Änderungen bzw. Ergänzungen an diesen Hilfsprogrammen erfolgen. In einem eigenständig erarbeiteten Positionspapier weisen wir nicht nur auf die unterschiedlichen Missstände innerhalb der einzelnen Bundesländer detailliert hin, sondern zeigen darüber hinaus auch konkrete praxisorientierte Möglichkeiten für eine bundeseinheitliche gerechte Vergabe von Hilfsgeldern auf.

Unser Anliegen, den unweigerlichen sozialen Abstieg eines ganzen Berufszweiges zu verhindern und die Thematik dafür in den allgemeinen gesellschaftlichen und vor allem politischen Fokus zu rücken, wird inzwischen von mehr als 10.000 Unterzeichner\*innen aktiv unterstützt.

Initiative Kulturschaffender in Deutschland

Sonnenallee 130, 12059 Berlin

<https://www.initiative-kulturschaffender.de>

<https://www.facebook.com/InitiativeKulturschaffender>